

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 21. Juli 1892.

Annahme von Inseraten Kehlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Berantwort. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierjährl. durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beitzelle oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 21. Juli. Nach dem durch den Normaletat für die Besoldungen der Leiter und Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten vom 4. Mai. d. Js. eingeführten System des Aufwinkens nach Dienstalterstufen erhalten, wie die „R. A. Z.“ registriert, an Gehalt: Die Leiter an Volksschulen in Städten mit mehr als 50,000 Einwohnern bei einer Dienstzeit bis 7 Jahren 5100 Mark, nach 7 Jahren 5400 Mark, nach 14 Jahren 5700 Mark, nach 20 Jahren 6000 Mark; die Leiter an Volksschulen in Städten mit weniger als 50,000 Einwohnern und die Leiter an Nichtvolksschulen in Berlin und in Städten mit mehr als 50,000 Einwohnern bei einer Dienstzeit bis zu 4 Jahren 4500, nach 4 Jahren 4800, nach 8 Jahren 5100, nach 12 Jahren 5400, nach 16 Jahren 5700, nach 20 Jahren 6000 Mark; die Leiter an Nichtvolksschulen in Städten mit weniger als 50,000 Einwohnern bei einer Dienstzeit bis zu 3 Jahren 2100, nach 3 Jahren 2400, nach 6 Jahren 2700, nach 9 Jahren 3000, nach 12 Jahren 3300, nach 15 Jahren 3600, nach 19 Jahren 3900, nach 23 Jahren 4200, nach 27 Jahren 4500 Mark; die definitiv angestellten Zeichenlehrer, sofern sie die vorgeschriebene Prüfung bestanden haben und mit wenigstens vierzehn Zeichen- und zehn Stunden-auderen Unterrichts wöchentlich beschäftigt sind (die technischen, Elementar- und Vorschulehrer in Berlin) bei einer Dienstzeit bis zu 4 Jahren 1600, nach 4 Jahren 1800, nach 8 Jahren 2000, nach 12 Jahren 2200, nach 16 Jahren 2400, nach 24 Jahren 2800, nach 28 Jahren 3000, nach 32 Jahren 3200 Mark; die technischen, Elementar- und Vorschulehrer außerhalb Berlins bei einer Dienstzeit bis zu 4 Jahren 1400, nach 4 Jahren 1550, nach 8 Jahren 1700, nach 12 Jahren 1850, nach 15 Jahren 2000, nach 18 Jahren 2150, nach 21 Jahren 2300, nach 24 Jahren 2450, nach 28 Jahren 2600, nach 32 Jahren 2800 Mark; die wissenschaftlichen Hülfslehrer bei befriedigendem dienstlichen und außerordentlichen Verhalten bei einer Dienstzeit bis zu 2 Jahren 1500, nach 2 Jahren 1650, nach 3 Jahren 1800 Mark.

Die von den verschiedensten Seiten benötigte Notwendigkeit einer gründlichen Revision des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes wird auch in den Kreisen der Reichsregierung nicht verkannt, und es finden bereits seit längerer Zeit Vorarbeiten in dieser Richtung statt. In diesem ist, wie das „B. T.“ hört, noch nicht abzusehen, wann dieselben zu Ende geführt werden können; jedenfalls ist es für die nächste Reichstagsession ausgeschlossen.

Aus Tromsö wird dem „Dann. Kour.“ gemeldet:

Die bereits erwähnte Walfischjagd, an der der Kaiser teilnahm, begann Ma. gens 6^{1/2} Uhr. Um 7 Uhr war der Wal angeschossen, um 7^{1/2} Uhr lag er längsseits des Schiffes. Der Kaiser nahm mit dem allergrößten Interesse an dem ganzen Vorgange Theil. Der Befr. auf den Walfisch gesetzte unter 19 Grab und 30 Minuten östlicher Länge und 70 Grab 20 Minuten nördlicher Breite. Der Kaiser warf eine Flasche mit einem eigenhändig geschriebenen Bericht ins Meer. Am Sonnabend besichtigte der Kaiser den Wal auf dem Strand und erfreute sich sodann auf dem höchsten Gipfel des Insel an der herrlichen Aussicht. Der Vertreter der Gesellschaft, welcher der Walfischjäger gehört, brachte ein Dokt. auf den Kaiser aus, auf welches derselbe mit Dank und Anerkennung für die gemachten Veranerkundungen erwiderte. Vor der Tafel wurde eine photographische Aufnahme gemacht. Der Duxenier erhielt von dem Kaiser eine goldene Erinnerungs-Medaille.

Wie die „Kreuztz.“ hört, wird auch die diesjährige Reise des Kaisers nach dem Norden durch Dr. Güttfeld in einem Buche beschrieben und von diesem herausgegeben werden. Bekanntlich befindet sich Dr. Güttfeld neben dem Marinemaler Salzmann im Gefolge des Kaisers. Salzmann wird während der Reise verschiedene Zeichnungen anfertigen, die, vervielfältigt, dem Buche beigegeben werden sollen.

Aus Wilhelmshöhe wird geschrieben: Außerlich des Aufenthaltes der drei ältesten kaiserlichen Prinzen in Wilhelmshöhe ist eine halbe Kompanie des 83. Regiments zum Wachtmeister nach hier kommandiert worden. Die zahlreichen Posten, die zu dem lebhaftesten Bedauern der Kasseler und der zahlreichen fremden Ausstellung gefunden haben, verhindern auf weite Entfernung den Zutritt zu dem schönen Theile des Parks. Gestern stellte Prinz Friedrich von Hessen-Pohlern den kaiserlichen Prinzen einen Besuch ab.

Im Augustumloster in Schleswig ist vor gestern im Alter von 74 Jahren der ehemalige Landtagsabgeordnete Meyer gestorben. Er war früher Hofbeamter in Saarbrück bei Tondern. Bei den ersten Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus 1867 wurde Meyer als nationaldemokratischer Kandidat zum Vertreter des Kreises Tondern gewählt. Er gehörte dem Abgeordnetenhaus bis 1873 an.

Das konservative Parteiorgan versichert aufs neue, daß die Einberufung eines allgemeinen konservativen Parteitages außer Frage stehe. Unbestimmt sei vorläufig nur der Termin der Einberufung. Es sieht also immer noch an der Hauptfrage, und das ist nicht ohne Interesse angestellt, ob die Thatsache, daß bereits vor Monaten ein solcher Parteitag für die Zeit zwischen Ostern und Pfingsten in ganz bestimmte Aussicht gestellt wurde, auf dem westfälischen Provinzialparteitag sollten ja bereits die Vertreter für den allgemeinen Parteitag bestellt worden sein. Die Unentschiedenheit, die in Betreff des Zeitpunkts für die Einberufung obwaltet, spiegelt nur die Unentschiedenheit wieder, die in Bezug auf die neuen Parteitage vorliegt.

„zeitung“ es allerdings an Bemühungen nicht fehlen lassen, das konservative Vaubacätherum für ihre Katholiken zu begeistern. In diesen Tagen erst wieder hat sie in knappen, aber scharfen Umrissen ein Programm für die Fahrt gegeben, zu der sie ihre politischen Freunde zu laden beabsichtigt, aber es fehlen bisher noch die Stimmen, die in untrüglicher Weise darüber Aufschluß geben könnten, ob und in wie weit die Reformlust im dem konservativen Lager geeignet ist, die Bevölkerung gegen Vorschläge zurückzubringen, die wie die „Post“ mit Recht schreibt, nur der Sozialdemokratie zu gute kommen können. Die Berufung auf das eine der andere Blatt in Pommern, Westfalen, Ostpreußen über dem Königreich Sachsen besagt in diesem Falle nur wenig, vor Allem für den, der die geheimen Gaben kennt, die von diesen Stellen in die Redaktion der „Kreuzzeitung“ zutreffend führen. Thatsache ist nur, daß bisher in allen geordneten Vertretungen der Partei dem Revisionsprogramm eine gewisse Aufmerksamkeit und direkter Überprüfung begegnet sind. Lieber die Gruppe der Kreuzzeitungspolitiker hinsichtlich man also das Bedürfnis einer Programmänderung nicht alzu lebhaft zu verstehen.

Von der Vorlegung eines neuen Volkschulgesetzes in der bevorstehenden Schlusstagung des Bandtags ist, wenn auch in einzelnen Zeitungen minuter das Gegenteil behauptet wird, zuverlässigen Erklungenen ausgelöst nicht die Rebe. Auch ein Dotationsgesetz wird vorläufig nicht vorgelegt werden. Die „Nat. Über. Korr.“ schreibt dazu:

„Das letztere mag man bedauern. Dagegen kann es nur unsere Zustimmung finden, daß man in der gegenwärtigen Zeit nicht noch einmal den Versuch macht, die großen Prinzipienfragen auf dem Gebiete der Schule zu lösen. Der Versuch wäre bei der gegenwärtigen Stimmung und politischen Sachlage aussichtslos und würde nur wieder die heftigsten Kämpfe wachrufen. Noch zittert die Erregung über die Ereignisse dieses Frühjahrs in der ganzen Nation nach. Bei den schroffen Gegenseitigen, wie sie jetzt herrschen, ist auf diesem Gebiet an eine Gesetzgebung, die einigermaßen Verbindung schafft und Dauer verspricht, nicht zu denken. Was die eine Partei als Erfüllung ihrer Wünsche ansieht, darin würden andere eine schwere und unerträgliche Vergewaltigung erblicken. Darum ist es besser, man erneutet jetzt wenigstens den Vertrag nicht. In einem Jahr stehen die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus bevor; sie werden ohnehin reichlich genug von der kirchenpolitischen Bewegung beeindruckt werden. Diese Frage noch mehr und fast aussichtslos in den Mittelpunkt der Wahlbewegung zu schieben, kann kaum irgend eine Partei und am wenigsten die Regierung wünschen. Ergeben die neuen Wahlen, wie wir hoffen, eine wesentlich andere Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses, so mag man auch wieder in Erwägung ziehen, ob mit besserer Aussicht auf Erfolg an die Schulgesetzgebung Hand angelegt werden kann.“

In der Fahrt der Kreuzer-Korvette „Arlona“ um Südamerika herum zum Kreuzergeschwader nach Ostasien ist eine Aenderung gegen die ursprünglichen Bestimmungen eingetreten. Als das Schiff am 4. Mai Wilhelmshaven verlassen hatte, wurde in dem amtlichen Verzeichnis der Schiffsbewegungen angekündigt, es würde über die Kap Verdinschen Inseln, Rio de Janeiro, Buenos-Aires und Punta Arenas (Magellanstraße) nach Valparaíso gehen, wo es am 3. Juni eintreffen sollte. Nunmehr aber ist die Corvette seit dem 9. Juni in La Guaya, der Hafenstadt von Caracas (Hauptstadt von Venezuela), und die Zeit der Abfahrt von dort ist noch nicht bestimmt; La Guaya bleibt Poststation für das Schiff, welches somit gleichsam vorläufig an der Nordküste Südamerikas stationiert ist.

Eine Erklärung für diese neuere Aenderung läßt sich unschwer finden. In Venezuela herrschen in letzter Zeit tiefgehende Unruhen mit inneren Kämpfern; deutsche Interessen sind aber in jenem Lande stark vertreten; von den etwa 30.000 Europäern, welche in dem Lande leben, bilden die Deutschen hinter den Spaniern die zweitgrößte Zahl. An dem Werthe der Ausfuhr von Landesprodukten in Höhe von 60 Millionen Mark steht dabei an erster Stelle; an der Einfuhr im Werthe von 60 Millionen Mark befindet sich das deutsche Reich mit 10 Millionen und steht unter den betreffenden Staaten an dritter Stelle. La Guaya wird von zwei Hamburger Packfahrt-Gesellschaften berüft, nämlich der Linie Hamburg-St. Thomas-Sabana (Colombia) und Hamburg-Cartagena (Colombia) mit einer Fahrt von 30—32 Tagen. Guaya ist 10 Km. von der Hauptstadt Caracas entfernt, aber mit dieser nicht einmal durch eine Eisenbahn verbunden; der Schutz der Deutschen durch ein Kriegsschiff ist jedoch ein ausreichender, da die meisten Deutschen in den Häfen wohnen und dort ihre Beizthümer haben.

Kiel, 19. Juli. Dem statistischen Sanitätsbericht über die kaiserlich deutsche Marine für den Zeitraum vom 1. April 1889 bis 31. März 1891 entnehmen wir folgende Daten: Die Körperschaft der Marine belief sich 1889—90 im Ganzen auf 15.507 Mann und 1890—91 auf 15.876 Mann; hiervom befanden sich im Jahre 8033 Mann 8236 an Bord und 7474 bzw. 7640 am Lande. Der Krankenzugang betrug insgesamt in den beiden Berichtsjahren: an Bord 15.707 Mann, am Lande 14.238, zusammen 29.943 Mann. Während in den letzten Jahren fast regelmäßig eine Abnahme des Krankenzuganges beobachtet wurde, zeigt das Jahr 1889—90 eine auffällig unbedeutliche Steigerung der Erkrankungen; im Jahre 1890—91 ist dagegen wiederum eine wesentliche Abnahme zu bemerken. — In beiden Berichtsjahren beteiligt sich die gesamte Seerelateit in der Marine auf 189 Todesfälle, während 94 an Bord und 65 am Lande vorliegen. Durch Krankheit starben 110 Mann und zwar 63 an Bord und 47 am Lande. Die häufigste Ursache für die Todesfälle durch Krankheit ist Überlastung (30 Fälle); darauf folgen Lungenerkrankungen mit 28, Malaria und Brustfellentzündung mit 28, Typhus und Typhos mit je 10 Todesfällen; ein Todesfall durch Typhus kam am Lande vor, während 9, sowie sämmtliche durch die Malaria bedingte Todesfälle auf die Schiffe entfielen. Durch Selbstmord endeten 18 Mann ihr Leben

und zwar je 9 Mann an Bord und am Lande. An Bord wurde der Tod 5mal durch Ertränken und 4mal durch Ersticken, am Lande 5mal durch Ertränken, 7mal durch Erbängen, sowie einmal durch Erkranken herbeigeführt. Veranlassung zu dem Selbstmord war 7mal Furcht vor zu erwartender Strafe, 2mal Nebengesetz und einmal Melancholie; in den übrigen Fällen wurde die Veranlassung nicht ermittelt. — Durch Unglücksfälle gingen im Ganzen 31 Mann zu Grunde und zwar 22 an Bord und 9 am Lande. Auf den Schiffen in Afrika kamen 9, auf denen im Heimat 7, auf denen im Mittelmeer 4 und in Amerika 2 hierher gehörige Todesfälle vor. Durch Sturz aus der Höhe starben 9 Mann und zwar durch Herafallen aus der Tafelung 8 und einer durch Fall aus der Batterie ins Zwischendeck. Ferner starb 1 Mann durch Fall gegen die Ventilationsmaschine auf einem Torpedoboot und auf „Friedrich der Große“ wurde ein Mann durch einen herabfallenden Polle erschlagen. Durch Ertrinken endeten 14 Mann; davon 5 durch Überborbungen. An Wunden in Folge von Messerstichen starben 3 Mann. Die Verlegerungen waren sämmtlich auf Urlaub bei Streitigkeiten am Lande (in Korfu, Kapstadt und Friedrichsort) entstanden. An Schußwunden starben 2 Mann (je 1 von „Leipzig“ und „Schwarze“) im Gefecht bei Bagamoyo. Endlich kam eine Bergung durch U-Booten durch Unvorsichtigkeit vor.

Hamburg, 19. Juli. Unter den deutschen Rheidefern, deren Schiffsbefahrungen im abgelaufenen Jahr zum Theil sehr schwer unter der Flebepandemie in Santos (Brasilien) gelitten haben, sind jetzt von Seiten der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft entscheidende Schritte gethan, um den Mannschaften ähnlichen Katastrophen vorzubeugen. So weit angängig, hatte die Gesellschaft schon im vorigen Jahre alles aufgeboten, um die Erkrankungen ihrer Belegschaften zu verhindern und zu Ende nicht nur den Aufenthalt ihrer Schiffe in Santos möglichst abgesetzt, sondern auch die Mannschaften der verschiedenen Segelschiffen, wie sie jetzt herrschen, in dem Gebiete der Schule zu lösen. Der Versuch wäre bei der gegenwärtigen Stimmung und politischen Sachlage aussichtslos und würde nur wieder die heftigsten Kämpfe wachrufen. Noch zittert die Erregung über die Ereignisse dieses Frühjahrs in der ganzen Nation nach. Bei den schroffen Gegenseitigen, wie sie jetzt herrschen, ist auf diesem Gebiet an eine Gesetzgebung, die einigermaßen Verbindung schafft und Dauer verspricht, nicht zu denken. Was die eine Partei als Erfüllung ihrer Wünsche ansieht, darin würden andere eine schwere und unerträgliche Vergewaltigung erblicken. Darum ist es besser, man erneutet jetzt wenigstens den Vertrag nicht. In einem Jahr stehen die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus bevor; sie werden ohnehin reichlich genug von der kirchenpolitischen Bewegung beeindruckt werden. Diese Frage noch mehr und fast aussichtslos in den Mittelpunkt der Wahlbewegung zu schieben, kann kaum irgend eine Partei und am wenigsten die Regierung wünschen. Ergeben die neuen Wahlen, wie wir hoffen, eine wesentlich andere Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses, so mag man auch wieder in Erwägung ziehen, ob mit besserer Aussicht auf Erfolg an die Schulgesetzgebung Hand angelegt werden kann.“

Das letztere mag man bedauern. Dagegen kann es nur unsere Zustimmung finden, daß man in der gegenwärtigen Zeit nicht noch einmal den Versuch macht, die großen Prinzipienfragen auf dem Gebiete der Schule zu lösen. Der Versuch wäre bei der gegenwärtigen Stimmung und politischen Sachlage aussichtslos und würde nur wieder die heftigsten Kämpfe wachrufen. Noch zittert die Erregung über die Ereignisse dieses Frühjahrs in der ganzen Nation nach. Bei den schroffen Gegenseitigen, wie sie jetzt herrschen, ist auf diesem Gebiet an eine Gesetzgebung, die einigermaßen Verbindung schafft und Dauer verspricht, nicht zu denken. Was die eine Partei als Erfüllung ihrer Wünsche ansieht, darin würden andere eine schwere und unerträgliche Vergewaltigung erblicken. Darum ist es besser, man erneutet jetzt wenigstens den Vertrag nicht. In einem Jahr stehen die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus bevor; sie werden ohnehin reichlich genug von der kirchenpolitischen Bewegung beeindruckt werden. Diese Frage noch mehr und fast aussichtslos in den Mittelpunkt der Wahlbewegung zu schieben, kann kaum irgend eine Partei und am wenigsten die Regierung wünschen. Ergeben die neuen Wahlen, wie wir hoffen, eine wesentlich andere Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses, so mag man auch wieder in Erwägung ziehen, ob mit besserer Aussicht auf Erfolg an die Schulgesetzgebung Hand angelegt werden kann.“

Das letztere mag man bedauern. Dagegen kann es nur unsere Zustimmung finden, daß man in der gegenwärtigen Zeit nicht noch einmal den Versuch macht, die großen Prinzipienfragen auf dem Gebiete der Schule zu lösen. Der Versuch wäre bei der gegenwärtigen Stimmung und politischen Sachlage aussichtslos und würde nur wieder die heftigsten Kämpfe wachrufen. Noch zittert die Erregung über die Ereignisse dieses Frühjahrs in der ganzen Nation nach. Bei den schroffen Gegenseitigen, wie sie jetzt herrschen, ist auf diesem Gebiet an eine Gesetzgebung, die einigermaßen Verbindung schafft und Dauer verspricht, nicht zu denken. Was die eine Partei als Erfüllung ihrer Wünsche ansieht, darin würden andere eine schwere und unerträgliche Vergewaltigung erblicken. Darum ist es besser, man erneutet jetzt wenigstens den Vertrag nicht. In einem Jahr stehen die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus bevor; sie werden ohnehin reichlich genug von der kirchenpolitischen Bewegung beeindruckt werden. Diese Frage noch mehr und fast aussichtslos in den Mittelpunkt der Wahlbewegung zu schieben, kann kaum irgend eine Partei und am wenigsten die Regierung wünschen. Ergeben die neuen Wahlen, wie wir hoffen, eine wesentlich andere Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses, so mag man auch wieder in Erwägung ziehen, ob mit besserer Aussicht auf Erfolg an die Schulgesetzgebung Hand angelegt werden kann.“

Das letztere mag man bedauern. Dagegen kann es nur unsere Zustimmung finden, daß man in der gegenwärtigen Zeit nicht noch einmal den Versuch macht, die großen Prinzipienfragen auf dem Gebiete der Schule zu lösen. Der Versuch wäre bei der gegenwärtigen Stimmung und politischen Sachlage aussichtslos und würde nur wieder die heftigsten Kämpfe wachrufen. Noch zittert die Erregung über die Ereignisse dieses Frühjahrs in der ganzen Nation nach. Bei den schroffen Gegenseitigen, wie sie jetzt herrschen, ist auf diesem Gebiet an eine Gesetzgebung, die einigermaßen Verbindung schafft und Dauer verspricht, nicht zu denken. Was die eine Partei als Erfüllung ihrer Wünsche ansieht, darin würden andere eine schwere und unerträgliche Vergewaltigung erblicken. Darum ist es besser, man erneutet jetzt wenigstens den Vertrag nicht. In einem Jahr stehen die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus bevor; sie werden ohnehin reichlich genug von der kirchenpolitischen Bewegung beeindruckt werden. Diese Frage noch mehr und fast aussichtslos in den Mittelpunkt der Wahlbewegung zu schieben, kann kaum irgend eine Partei und am wenigsten die Regierung wünschen. Ergeben die neuen Wahlen, wie wir hoffen, eine wesentlich andere Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses, so mag man auch wieder in Erwägung ziehen, ob mit besserer Aussicht auf Erfolg an die Schulgesetzgebung Hand angelegt werden kann.“

Das letztere mag man bedauern. Dagegen kann es nur unsere Zustimmung finden, daß man in der gegenwärtigen Zeit nicht noch einmal den Versuch macht, die großen Prinzipienfragen auf dem Gebiete der Schule zu lösen. Der Versuch wäre bei der gegenwärtigen Stimmung und politischen Sachlage aussichtslos und würde nur wieder die heftigsten Kämpfe wachrufen. Noch zittert die Erregung über die Ereignisse dieses Frühjahrs in der ganzen Nation nach. Bei den schroffen Gegenseitigen, wie sie jetzt herrschen, ist auf diesem Gebiet an eine Gesetzgebung, die einigermaßen Verbindung schafft und Dauer verspricht, nicht zu denken. Was die eine Partei als Erfüllung ihrer Wünsche ansieht, darin würden andere eine schwere und unerträgliche Vergewaltigung erblicken. Darum ist es besser, man erneutet jetzt wenigstens den Vertrag nicht. In einem Jahr stehen die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus bevor; sie werden ohnehin reichlich genug von der kirchenpolitischen Bewegung beeindruckt werden. Diese Frage noch mehr und fast aussichtslos in den Mittelpunkt der Wahlbewegung zu schieben, kann kaum irgend eine Partei und am wenigsten die Regierung wünschen. Ergeben die neuen Wahlen, wie wir hoffen, eine wesentlich andere Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses, so mag man auch wieder in Erwägung ziehen, ob mit besserer Aussicht auf Erfolg an die Schulgesetzgebung Hand angelegt werden kann.“

Das letztere mag man bedauern. Dagegen kann es nur unsere Zustimmung finden, daß man in der gegenwärtigen Zeit nicht noch einmal den Versuch macht, die großen Prinzipienfragen auf dem Gebiete der Schule zu lösen. Der Versuch wäre bei der gegenwärtigen Stimmung und politischen Sachlage aussichtslos und würde nur wieder die heftigsten Kämpfe wachrufen. Noch zittert die Erregung über die Ereignisse dieses Frühjahrs in der ganzen Nation nach. Bei den schroffen Gegenseitigen, wie sie jetzt herrschen, ist auf diesem Gebiet an eine Gesetzgebung, die einigermaßen Verbindung schafft und Dauer verspricht, nicht zu denken. Was die eine Partei als Erfüllung ihrer Wünsche ansieht, darin würden andere eine schwere und unerträgliche Vergewaltigung erblicken. Darum ist es besser, man erneutet jetzt wenigstens den Vertrag nicht. In einem Jahr stehen die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus bevor; sie werden ohnehin reichlich genug von der kirchenpolitischen Bewegung beeindruckt werden. Diese Frage noch mehr und fast aussichtslos in den Mittelpunkt der Wahlbewegung zu schieben, kann kaum irgend eine Partei und am wenigsten die Regierung wünschen. Ergeben die neuen Wahlen, wie wir hoffen, eine wesentlich andere Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses, so mag man auch wieder in Erwägung ziehen, ob mit besserer Aussicht auf Erfolg an die Schulgesetzgebung Hand angelegt werden kann.“

Das letztere mag man bedauern. Dagegen kann es nur unsere Zustimmung finden, daß man in der gegenwärtigen Zeit nicht noch einmal den Versuch macht, die großen Prinzipienfragen auf dem Gebiete der Schule zu lösen. Der Versuch wäre bei der gegenwärtigen Stimmung und politischen Sachlage aussichtslos und würde nur wieder die heftigsten Kämpfe wachrufen. Noch zittert die Erregung über die Ereignisse dieses Frühjahrs in der ganzen Nation nach. Bei den schroffen Gegenseitigen, wie sie jetzt herrschen, ist auf diesem Gebiet an eine Gesetzgebung, die einigermaßen Verbindung schafft und Dauer verspricht, nicht zu denken. Was die eine Partei als Erfüllung ihrer Wünsche ansieht, darin würden andere eine schwere und unerträgliche Vergewaltigung erblicken. Darum ist es besser, man erneutet jetzt wenigstens den Vertrag nicht. In einem Jahr stehen die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus bevor; sie werden ohnehin reichlich genug von der

